

Herrn Ministerpräsident Wüst
Herrn Justizminister Dr. Limbach

und an die Mitglieder des Landtages der
demokratischen Parteien mit den
Duisburger Landtagsabgeordneten

Anschrift: Duissernplatz 10
47051 Duisburg
Auskunft: Frau Dr. Silke M. Fiedeler
Telefon: 0203.30 959-12
Fax: 0203.30 959-15
Mail: fiedeler@
parisozial-duisburg.de
Datum: 10.09.2024

**Offener Brandbrief zum Entwurf des Haushaltsplans NRW für 2025
betreffend die Einstellung der Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA)
Dringender Aufruf zu mehr Förderung von konstruktivem Dialog in der Gesellschaft**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wüst,
sehr geehrter Herr Justizminister Dr. Limbach,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete der demokratischen Parteien,
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete aus Duisburg,

mit Fassungslosigkeit habe ich – über den Entwurf des Haushaltsplans NRW für das Jahr 2025 –
erfahren, dass die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs in freier Trägerschaft nach 28 Jahren ab dem
01.01.2025 eingestellt werden soll.

In meiner Funktion als Projektleiterin der Fachstelle für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktregelung im
Landgerichtsbezirk Duisburg und mit dem Hintergrund meiner langjährigen Erfahrung als Rechtsanwältin
und Fachanwältin für Steuerrecht, möchte ich Ihnen und der Bevölkerung auf diesem Wege aufzeigen,
welche gravierenden Auswirkungen die Umsetzung Ihrer Pläne in finanzieller, gesellschaftlicher und
politischer Hinsicht nach sich ziehen würde, für die Sie als Entscheidungsträger die Verantwortung tragen.
Sollten Sie den Haushaltsplanentwurf in der bestehenden Form mit dem Ende der Förderung des Täter-
Opfer-Ausgleichs in freier Trägerschaft umsetzen, wird dies u.a.

1. an anderen Stellen finanziell, menschlich und gesellschaftlich viel höhere als die marginal
eingesparten Kosten in vielerlei Hinsicht und auf verschiedenen Ebenen verursachen,
2. für die Bevölkerung, insbesondere für die Opfer von Straftaten im Allgemeinen und für die Opfer
der jüngsten Messerangriffe in der Öffentlichkeit im Besonderen, ein völlig falsches und
kontraproduktives Zeichen setzen,
3. gesellschaftliche Spaltung und Fremdenfeindlichkeit befördern,
4. politisch destruktive Kräfte stärken, die tatsächlich an Dialog und Verständigung, an Demokratie
und Zusammenhalt unserer Gesellschaft keinerlei Interesse haben und
5. die Justiz belasten und letztlich Strukturen der freien Straffälligenhilfe dauerhaft zerstören, was
eine Realisierung von wichtigen Zielsetzungen des Koalitionsvertrags unmöglich machte.

In Zeiten, in denen Duisburg, Essen, Moers, Münster, Solingen, Siegen, Wuppertal, Recklinghausen, Dorsten und Dortmund, um nur einige zu nennen, nicht mehr nur eine harmlose Aufzählung von unseren Heimatorten in Nordrhein-Westfalen ist, sondern für die Menschen in NRW - und insbesondere für die Opfer - sinnlose Gewalt, größtes Leid, Angst und Tod impliziert und in denen furchtbare, sich wiederholende Gewalttaten das Ohnmachts- und Unsicherheitsgefühl der Menschen wachsen lassen und Fremdenfeindlichkeit schüren, brauchen wir dringender und mehr denn je Räume für Dialog, für Verständigung, für Wiedergutmachung und Frieden. Vor diesem Hintergrund ist gerade nicht ein Abbau der Dialogformate und der hierfür notwendigen Strukturen angezeigt.

Die Zeichen der Zeit verlangen – in Duisburg, in NRW und bundesweit – vielmehr ganz im Gegenteil die Förderung von Dialog, den Ausbau der hierfür notwendigen Strukturen und Rahmenbedingungen und neue, innovative Dialog-Konzepte, die bspw. mit dem DialogHaus-Konzept aus Duisburg (siehe hierzu <https://www.unesco.de/bildung/bne-akteure/netzwerk-dialoghaus-opferhilfe-duisburg>) bereits vorliegen und in Fachkreisen auf große, befürwortende Resonanz stoßen. Nur so können wir als Gesellschaft wieder zusammenwachsen, kann Spaltung überwunden, Demokratie gestärkt werden und Integration erfolgen, können wir Frieden durch Einsicht, Verhaltensänderung und freiwilligen Verzicht auf Gewalt nachhaltig schaffen und sichern. Der Täter-Opfer-Ausgleich, ein gesetzlicher Auftrag, hat sich hierfür über Jahrzehnte als sehr probates, aber leider aus vielerlei Gründen sehr stiefmütterlich behandeltes Mittel erwiesen.

Der Täter-Opfer-Ausgleich hilft Menschen in ihren verletzlichsten Lebenslagen. Die Vermittlung zwischen Opfern und Tätern von Straftaten ermöglicht Dialog und trägt zu Verständigung, zu Versöhnung und Frieden bei, wo zuvor Sprachlosigkeit, Hass, Ablehnung und Angst zwischen den Beteiligten dominierten. Opfer von Straftaten profitieren von schneller und unbürokratischer Hilfe durch finanzielle Entschädigungen (allein in der Duisburger Fachstelle mit rund 500 Fällen in 2023 bspw. i.H.v. insgesamt 83.344 €, wovon 95% realisiert werden konnten) und darüber hinaus insbesondere davon, in ihrem Leid gehört zu werden, ihr Sicherheitsgefühl zurückzuerlangen und die passive Opferrolle überwinden zu können. Verantwortungsübernahme durch aktives Tun, Entwicklung von Opferempathie und soziales Lernen sind wesentliche Gewinne für die Tatverantwortlichen. Damit bereitet der Täter-Opfer-Ausgleich den Boden für eine Verringerung der Rückfallhäufigkeit und leistet neben dem abschreckenden Moment des Strafrechts kriminologisch wichtige Präventionsarbeit. Gesellschaftlich profitieren wir alle von einer Stärkung des Zusammenhaltes, von der Überwindung von Vorurteilen, vor allem von Stärkung des Selbstwirksamkeits- und des Sicherheitsgefühls. Und schließlich entlastet der Täter-Opfer-Ausgleich - auf kostengünstige und nachhaltige Weise - Straf- und Zivilgerichte, die mit steigenden Fallzahlen bei zunehmendem Personalmangel zu kämpfen haben.

Wenn gespart werden muss, sehr geehrte Damen und Herren, dann sparen Sie, insbesondere in diesen fragilen Zeiten, bitte nicht an der falschen Stelle und erkennen Sie die Zeichen der Zeit!

Ich bitte Sie und alle Entscheidungsträger des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2025 dringlichst, die Pläne zur Beendigung der Förderung des TOA in freier Trägerschaft zu überdenken und die jetzt notwendigen Schritte für unsere Gesellschaft, für die Sie die Verantwortung tragen und Entscheidungen treffen können,

einzuleiten. Ich bitte Sie in diesem Sinne dringlichst, den Haushaltsplanentwurf betreffend den TOA für das Haushaltsjahr 2025 zu revidieren und konstruktivem Dialog in der Gesellschaft mehr Raum und Förderung zu geben, damit die - seit fast 30 Jahren bewährte - wertvolle Arbeit Opfern, Tätern, der Justiz und uns allen als Gesellschaft weiterhin mindestens in dem bisherigen Umfang zugutekommen kann; und um einen Arbeitsbereich zu erhalten, der für Sie, für uns und die gesamte Bevölkerung aus den o.g. Gründen von grundlegender, ja meines Erachtens existenzieller Bedeutung ist!

Für weitere Ausführungen oder für Rückfragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Silke M. Fiedeler